

INTERGLOBAL

ARBEITSBEDINGUNGEN

Das Schicksal der Atomnomaden

Gaston Kirsche

Profite vor Gesundheitsschutz und Sicherheit: Die Atomindustrie nutzt in vielen Ländern Leiharbeiter, um die Gewinnspannen zu erhöhen und nicht für die Folgekosten von strahlenbedingten Berufskrankheiten zahlen zu müssen. Nicht die hochqualifizierten Kernbelegschaften, sondern ZeitarbeiterInnen bekommen den Großteil der Radioaktivität ab.

Seit die Atomkraftwerke in Fukushima Daiichi havariert sind, gibt es ein stärkeres Bewusstsein für die Gefahren der Atomenergie. Während Beschäftigte im Auftrag der Betreiberfirma TEPCO, Tokyo Electric Power Company, gegen den schleichenden GAU angehen und versuchen, die schmelzenden Brennstäbe notdürftig zu kühlen und die Umwelt vor der Radioaktivität zu schützen, kamen in einigen Berichten auch die Arbeitsbedingungen zur Sprache, unter denen dies geschieht. „Das Arbeitsumfeld ist sehr hart“, zitierte die japanische Zeitung „Asahi Shinbun“ Ende März Kazuma Yokata von der Atom-sicherheitsbehörde Nisa. Er berichtete über eine zweite Katastrophe im AKW – den GAU beim Arbeitsschutz für die etwa 450 Beschäftigten von TEPCO und seinen Subunternehmen: Sie schlafen in einem Nebengebäude der Reaktorblöcke, notdürftig mit bleihaltigen Matten vor der Strahlung abgeschirmt, in der Arbeitskleidung. Das Essen besteht aus etwas Reis, Dosenfleisch und Keksen, teilweise ist selbst das Trinkwasser knapp.

Kazuma Yokata, der an sich eine Strahlung von 883 Millisievert gemessen hat – 20 Millisievert beträgt auch in Japan die gesetzlich zulässige Strahlendosis für ein Jahr – berichtete von extrem langen und anstrengenden Arbeitstagen, von 6 bis 20 Uhr. Nach einer Woche würden die Arbeiter ausgewechselt.

Die „Asahi Shinbun“ schreibt auch, dass sich Arbeiter Sorgen we-

gen der Belastung durch die hohe Strahlung machen. Immer wieder gibt es Unfälle, Kontaminierung durch das radioaktiv verseuchte Wasser, das nahezu überall in den Reaktoren steht. Nur speziell geschulte Leute achten hier genug auf Schutzmaßnahmen, anstatt für effektiveres Arbeiten ihre Gesundheit zu ruinieren. „Es gibt nur sehr wenige Arbeitskräfte mit entsprechender Erfahrung“, sagte ein Mitarbeiter des Kraftwerksbauers Hitachi der Zeitung. „Asahi Shinbun“ schreibt, Zeitarbeiter würden für einen Arbeitstag in Fukushima maximal 20.000 Yen, etwa 174 Euro erhalten. Interesse an der gefährlichen Arbeit haben viele, gerade auch jene Menschen aus der Umgebung, die durch den Tsunami nicht nur ihre Wohnung, sondern auch ihren Arbeitsplatz verloren haben.

Mitte Mai kollabierte ein Leiharbeiter während der Arbeit im Reaktor Fukushima. TEPCO war so dreist zu behaupten, die Todesursache sei „unbekannt“, der Betreffende habe erst einen Tag im AKW gearbeitet, und Radioaktivität sei an ihm auch nicht festgestellt worden.

In der Zeitung „Mainichi Daily News“ stand dagegen, in Fukushima werde nicht auf die Einhaltung der Vorschriften zur Arbeitssicherheit gegen die Strahlung geachtet: „Sowohl Tepco als auch unser Unternehmen scheinen zu denken, dass es nur natürlich ist, wenn wir radioaktiv verstrahlt werden“, zitiert die „Mainichi Daily News“ einen Leiharbeiter.

Der Einsatz von Leiharbeitern im hoch verstrahlten Bereich der AKW gehört für Japans Atomindustrie seit Jahrzehnten zum profitablen Geschäft. Unternehmen stellen Obdachlose und andere sozial Marginalisierte ein, um Atomanlagen zu reinigen. Viele sterben an Krebs. Im Jahr 2003 schrieb David Jiménez über diesen Skandal in der spanischen Zeitung „El Mundo“: „Matsushita schlief gerade in den vier Kartons, die in einem

Park in Tokio sein Zuhause geworden waren, als sich zwei Männer näherten, um ihm einen Job in Fukushima anzubieten. Keine besonderen Fähigkeiten seien erforderlich, sie würden ihm das Doppelte von seinem letzten Job als Hilfsarbeiter zahlen, und er sei in 48 Stunden wieder zurück.“ Matsushita wurde Reinigungsarbeiter im Reaktor 1 von Fukushima: „Wenn wir die Arbeit nicht rechtzeitig beendeten, würden sie uns nichts zahlen“, so Matsushita.

Die Arbeiter schlafen in einem Nebengebäude der havarierten Reaktorblöcke, notdürftig mit bleihaltigen Matten vor der Strahlung abgeschirmt - in der Arbeitskleidung.

Seit 30 Jahren ist die Anwerbung von Armen zur Ausführung der risikoreichsten Arbeiten in japanischen Atomkraftwerken Routine. Zwischen 700 und 1.000 Obdachlose sind daran gestorben und weitere Tausend in dieser Zeit an Krebs erkrankt, das ergaben Untersuchungen von Yuko Fujita, Physikprofessor an der renommierten japanischen Universität Keio, so der Artikel in „El Mundo“.

Insgesamt arbeiten in Japan über 70.000 Menschen in 17 Atomkraftwerken mit 52 Reaktoren. Neben einer Kernbelegschaft aus Technikern und Ingenieuren bestehen die Belegschaften zu über 80 Prozent aus Arbeitern ohne Ausbildung, rechtlosen und ungeschützten Zeitarbeitern. „Sie werden für die risikoreichsten Aufgaben eingesetzt, angefangen bei der Reinigung von Reaktoren bis hin zur Dekontamination im Falle von Lecks, oder Reparaturarbeiten an Orten, an

die sich ein Ingenieur niemals wagen würde“, so „El Mundo“.

Die japanische Gewerkschaftsföderation Rengo, die sich offiziell für den Bau der Nuklearfabriken einsetzte, erklärte angesichts der Katastrophe in Fukushima: „Wir zeigen Respekt und Dankbarkeit für die schnelle und passende Antwort der Regierung“ und „Wir sind bereit, uns bei Hilfs- und Wiederaufbaumaßnahmen einzubringen, um die nationale Krise zu bestehen“. Denryoku-soren, die Konföderation der Gewerkschaften der Elektrizitätsindustrie Japans fordert gar die Zusammenarbeit mit TEPCO bei Stromunterbrechungen: „Sie unterwirft sich dem Kapital“ urteilt Doro Chiba, die oppositionelle Eisenbahnergewerkschaft von Chiba: „Die gehorsamen, systemfreundlichen Arbeiterführer haben keine Absicht, die Ursache der gegenwärtigen Katastrophe herauszustellen oder die dafür verantwortliche herrschende Macht zu verurteilen.“

In Frankreich versucht Annie-Thébaud Mony vom staatlichen Forschungsinstitut INSERM, Institut National de la Santé et de la Recherche Médicale, Aufklärung zu betreiben. Sie hat berechnet, dass die in französischen AKW eingesetzten Leiharbeiter rund 80 Prozent der Strahlendosis aufnehmen, die Kernbelegschaften nur 20 Prozent. Und wenn sie die jährliche Höchstdosis von 20 Millisievert erreicht haben, verlieren sie ihren Job. Annie-Thébaud Mony kritisiert die von Europas Atomindustrie gerne unterstützte EU-Richtlinie, wonach eine Strahlenbelastung der Arbeiter von bis zu 20 Millisievert jährlich erlaubt ist: „Auch unter 20 Millisievert gibt es Gefahren, durch Krebs beispielsweise. Das zeigen epidemiologische und toxikologische Untersuchungen von amerikanischen und europäischen Wissenschaftlern. Und das Arbeitstempo in den strahlenden Fabriken wird erhöht: Vor 20 Jahren wurden AKW für den Aus-



Unsere Bilder zeigen Arbeiter am Ort der havarierten Reaktoren in Fukushima: in den Arbeitspausen streifen einige ihre ohnehin notdürftige Schutzkleidung ab, andere schlafen darin.



BILDQUELLE: ZDF

tausch der Brennelemente noch mehr als zwei Monate abgeschaltet - heute müsse die gleiche Arbeit in der Hälfte der Zeit geschafft werden: „Dabei werden die Meiler immer älter und wartungsbedürftiger“, so Annie-Thébaud Mony.

Die als „Atomnomaden“ bezeichneten Leiharbeiter verdienen in Frankreich etwa 1.500 Euro brutto. Die Beendigung des Arbeitsverhältnisses ermöglicht es der Atomindustrie, jede weitere Verantwortung abzulehnen. Die gekündigten Leiharbeiter stehen mit den Krankheitsfolgen alleine da. Wie René Guyot, der 20 Jahre als Leiharbeiter in französischen AKWs beschäftigt war und bei Rentenantritt erfuhr, dass er Blasenkrebs hat. Nun kämpft er darum, dass sein Leiden als Berufskrankheit anerkannt wird.

Vor zwei Jahren kam es in Frankreich zu Streiks in der Atomindustrie: für eine Gleichstellung der Atomnomaden mit den Kernbelegschaften bei Lohn und Arbeitsschutz. Auch in diesem Frühjahr gab es wieder Proteste, organisiert von zwei großen Gewerkschaften, der poststalinistischen CGT und der sozialdemokratischen FO. Etwa bei der Generalinspektion des Block 2 der Atomanlage Fessenheim.

In Deutschland waren die Atomkonzerne Pioniere bei der Etablierung der Leiharbeit. Bereits 1972 erklärte Norbert Eickelpasch, Abteilungsleiter des AKW Gundremmingen, dass „durch erhöhten Einsatz von Fremdpersonal und verbesserte technische und organisatorische Maßnahmen [...] die Dosisbelastung des Wartungs- und Strahlenschutzpersonals in der Abschaltzeit 1972 gegenüber dem Vorjahr reduziert werden konnte.“

Am 1. Juni wurden die Antworten der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der Bundestagsfraktion von Die Linke über „Werk- und Leiharbeit in Atomkraftwerken in Deutschland“ veröffentlicht.

Daraus geht hervor, dass in den 17 Atomkraftwerken 5.892 Angehörige des festangestellten Betriebspersonals einen Strahlenpass haben. Dieser ist verpflichtend für alle, die in Strahlenschutzbereichen arbeiten. Beim „Fremdpersonal“ haben 24.346 Beschäftigte einen Strahlenpass, also mehr als viermal so viele Personen wie die fest Angestellten. Auffallend unterschiedlich ist auch die Angabe über die aufgenommene „Jahreskollektivdosis“ pro Person: Beim „Eigenpersonal“ liegt die bei 1,7 Millisievert, beim „Fremdpersonal“ bei 12,8 Millisievert. Knapp 90 Prozent der insgesamt am Personal gemessenen Strahlenbelastung nehmen also die Leiharbeiter auf, die Kernbelegschaften nur knapp zehn Prozent.

Die Atomkonzerne versuchen abzuwiegen und abzulenken. Ein Sprecher des deutschen AKW-Betreibers RWE erklärte: „In unseren Kraftwerken gibt es bei den Arbeitnehmern keine Unterschiede. Hier gilt für unsere Mitarbeiter und die der Partnerfirmen: Arbeitssicherheit hat oberste Priorität.“ Der Energiekonzern Eon ließ verlautbaren, die gesetzlichen Strahlenschutzwerte gälten für alle Beschäftigten, ob Eigen- oder Fremdpersonal, daher könne man „Gesundheitsrisiken vollständig ausschließen“.

Obwohl es auch in Deutschland ehemalige Beschäftigte der Kernindustrie gibt, die darum kämpfen, dass ihre Krebserkrankungen als Berufskrankheit anerkannt und sie ent-

schädigt werden, verstecken sich die Atomkonzerne weiterhin hinter der angeblichen Unbedenklichkeit einer Jahresstrahlendosis von 20 Millisievert, wie sie von der EU und von der BRD festgelegt worden sind.

Bei den deutschen Gewerkschaften ist das Verhalten widersprüchlich. Doch je näher die von ihnen vertretenen Berufszweige an Unternehmen der Kernindustrie dran sind, desto atomfreundlicher ist ihre Politik, so scheint es. Aus der Bundeszentrale der Dienstleistungsgewerkschaft ver.di meldete sich der Fachgruppenleiter für Energie und Bergbau, Sven Bergelin, und forderte die Atomkonzerne auf, die generellen Arbeits- und Gesundheitsstandards auch auf Leiharbeiter auszuweiten: Es könne nicht sein, dass diese Kollegen einem vielfachen Risiko ausgesetzt würden.

In Frankreich gibt es rund 30.000 „Nuklearnomaden“, die von Reaktor zu Reaktor reisen, um dort fällige Arbeiten zu verrichten.

Ganz anders positionierte sich Thies Hansen, Betriebsratsvorsitzender des Energiekonzerns Eon Hanse und Mitglied des Ver.di-Landesvorstands: Konkret wandte er sich gegen das Volksbegehren „Unser Hamburg - Unser Netz“. Mit diesem Begehren, über das vermutlich parallel zur Bundestagswahl 2013 entschieden werden soll, würde der Stadtstaat verpflichtet, das Versorgungsnetz für Strom, Gas und Fernwärme von den Atomkonzernen zurückzukaufen. Die bei

ver.di organisierten Betriebsräte der Konzerne Eon und Vattenfall hatten vergeblich versucht, dass Volksbegehren zu verhindern. In Anzeigen in Hamburger Wochenblättern hatten die Betriebsräte der beiden Energiekonzerne, gewarnt, die Übernahme der Energienetze in öffentliche Hand „gefährdet Hamburger Arbeitsplätze“. Die offen kooperativistische Logik der Betriebsräte warb so letztlich um Vertrauen in die Atomkonzerne.

Eine Kritik an diesen Zuständen kommt ansatzweise aus der Anti-AKW-Bewegung, etwa in Frankreich: Der Zugriff auf immer mehr und nicht mit auf Sicherheit und Arbeitsschutz geschulte Leiharbeiter gefährde nicht nur deren Gesundheit, sondern ebenso die Sicherheit der Atomanlagen. Subunternehmen lagerten ihrerseits wieder Aufgaben an Sub-Subunternehmen aus, erklärt etwa Laura Hamiaux vom Zusammenschluss für den Atomausstieg „Sortir du nucléaire“. So wisse niemand mehr genau, „wer was wann gemacht hat“.

Henrik Paulitz von der IPPNW, den Internationalen Ärzten für die Verhütung des Atomkrieges, zeichnete indes im Greenpeace-Magazin ein düsteres Bild für die Zukunft: „Wir haben den Eindruck, dass schon in der Vergangenheit erfahrenes Personal durch Leiharbeiter ersetzt wurde. An dieser Personalpolitik wird sich wohl nichts ändern, denn der Kostendruck wird angesichts der fehlenden Zukunftsaussichten noch weiter zunehmen. Das heißt, dass in Zukunft vermutlich noch mehr geschlampt wird.“

Gaston Kirsche ist Journalist und lebt in Hamburg.